

Prioritäten der Präsidentschaft des AdR 2004-2006

"Der Ausschuss der Regionen, eine starke Institution im erweiterten Europa"

Die Europäische Union steht vor entscheidenden Weichenstellungen in den beiden kommenden Jahren:

Am 1. Mai 2004 werden zehn Staaten der Union beitreten und damit die Wiedervereinigung Europas weitgehend vollendet. Ferner sollen 2004 die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien abgeschlossen und eine Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei getroffen werden.

Das größere Europa bedarf eines gemeinsamen Rahmens einer Verfassung auf Grundlage des Konventsentwurfs, mit der die Union im Innern gefestigt wird, um die Zukunft unseres Kontinents unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips wirksam gestalten zu können.

Neue Herausforderungen kommen mit der Erweiterung auf die Union zu, insbesondere im Hinblick auf das Solidaritätsgefüge in der Union: von entscheidender Bedeutung ist dabei die zukünftige Finanzausstattung der EU von 2007-2013, die den Rahmen für die sektorspezifischen Politiken abstecken wird, insbesondere auch der Regional- und Strukturförderung, der aus Sicht des AdR besondere Bedeutung zukommt.

In den politischen Diskussionsprozess um die europäischen Schlüsselthemen müssen sich die gewählten lokalen und regionalen Vertreter durch einen starken Ausschuss der Regionen bei den anderen Institutionen Gehör verschaffen. Umso größer Europa wird, desto mehr bedarf die Union des Fundaments der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, die die Nahtstelle zu den Bürgerinnen und Bürgern bilden. Nur dann können sich die Bürgerinnen und Bürger im europäischen Projekt wieder finden.

Ziel muss es deshalb sein, die Rolle des Ausschusses als politisches Gremium zu stärken.

Seit seiner Gründung vor zehn Jahren hat der AdR viel erreicht. Von Regierungskonferenz zu Regierungskonferenz konnte er seine Position substanziell verbessern. Ausdehnung der Anhörungsrechte, Ablösung vom WSA und Erlangung der administrativen und budgetären Selbständigkeit, Erfordernis eines politischen Mandats als AdR-Mitglied und vieles mehr.

Der Verfassungsentwurf des Konvents bringt weitere wesentliche Fortschritte. Insbesondere soll der AdR die Möglichkeit erhalten, vor dem Europäischen Gerichtshof zu

klagen bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip. Damit würde die Rolle des AdR als Subsidiaritätsgewissen der Union und Verfechter der lokalen und regionalen Interessen deutlich gestärkt. Deshalb ist es so wichtig, dass die Regierungskonferenz auf Dauer das sichert, was im Europäischen Konvent erreicht wurde.

Ziel des AdR bleibt es, dass der AdR Organstellung erhält und seine Rolle als politisches Gremium der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften über die rein beratende Funktion hinaus gestärkt wird, damit die lokale und regionale Dimension den Stellenwert erhält, der den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften aufgrund ihrer Bürgernähe zukommt.

Um mehr Einfluss zu gewinnen, muss sich der AdR bei seinen Arbeiten stärker auf die Anliegen, die sein Profil als Verfechter der lokalen und regionalen Interessen schärfen, konzentrieren und soweit wie möglich mit einer Stimme sprechen.

Leitlinie innerhalb des AdR muss es sein, eine Ausgewogenheit und Balance zwischen den Interessen zu ermöglichen, ob zwischen lokal und regional, zwischen Nord und Süd oder zwischen West und Ost und auch zwischen den politischen Gruppen und den nationalen Delegationen. Jedes Mitglied im AdR muss sich in die Arbeiten der AdR einbringen können.

Prioritäten:

- Erweiterung
- Europäische Verfassung
- Interinstitutionelle Zusammenarbeit und Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Verbänden
- Informations- und Kommunikationspolitik
- Struktur- und Kohäsionspolitik: unsere politische Priorität
- Reform der Verwaltung

Erweiterung

Ab 1. Mai 2004 wird der AdR 95 Vertreter und die gleiche Anzahl an Stellvertretern aus den zehn neuen Mitgliedstaaten aufnehmen. Dies bedeutet auch ein Arbeiten in neun neuen Sprachen. Zentrales Ziel in den kommenden zwei Jahren muss es sein, die neuen Mitglieder in den Ausschuss erfolgreich zu integrieren. Die neuen Mitglieder müssen in die Lage versetzt werden, ihre Anliegen und Interessen wirksam in die Arbeiten einzubringen.

Daneben wird es darauf ankommen, den Bürgerinnen und Bürgern der neuen Mitgliedstaaten die politische Rolle des Ausschusses der Regionen im europäischen Entscheidungsprozess näher zu bringen und in den Beitrittsländern die Entwicklung dezentraler Strukturen zu unterstützen. Zu diesem Zweck sollen verstärkt Sitzungen, Seminare und Konferenzen des AdR in den neuen Mitgliedstaaten stattfinden. Höhepunkt sollte ein Gipfel der Kommunen und Regionen im Jahr 2005 in einem der neuen Mitgliedstaaten sein.

Europäische Verfassung

Der Verfassungsentwurf des Konvents bildet einen tragfähigen Kompromiss, der die Union handlungsfähiger und demokratischer macht und wesentliche Fortschritte für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und den AdR bringt.

Hervorzuheben ist insbesondere das vorgesehene Klagerecht des AdR vor dem Europäischen Gerichtshof bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip. Damit würde die Rolle als Subsidiaritätsgewissen der Union bestätigt.

Der AdR hat daher ein Interesse daran, dass die Regierungskonferenz ihre Arbeiten erfolgreich abschließt und die Konventsvorschläge zur Stärkung der regionalen und lokalen Dimension in die Verfassung übernimmt.

In der Regierungskonferenz sollte zusätzlich insbesondere eine Rechtsgrundlage für die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit im Rahmen der Kohäsionspolitik geschaffen werden.

Interinstitutionelle Zusammenarbeit und Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Verbänden

Die interinstitutionelle Zusammenarbeit muss weiter fortentwickelt werden. Die gute Zusammenarbeit mit der Kommission auf Grundlage des Kooperationsabkommens vom 20. September 2001 muss weiter vertieft werden, insbesondere im vorlegislativen Bereich und im Hinblick auf die neuen Aufgaben des AdR bei der Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips.

Auch die Beziehungen mit dem Europäischen Parlament gilt es auszubauen. Ziel ist es, Vertrauen zurückzugewinnen und die Beziehungen sowohl auf politischer wie auch auf Verwaltungsebene zu intensivieren. Angestrebt werden sollte deshalb eine Vereinbarung mit dem Parlament, mit der die Beziehungen auf eine institutionelle Grundlage gestellt werden.

Auch mit dem Rat muss der AdR die Kontakte ausbauen. Anzustreben ist eine enge Verzahnung mit dem Ministerrat über die dort teilnehmenden regionalen Vertreter.

Die Zusammenarbeit mit den Verbänden, die sich im Konvent und bei der Reform der europäischen Kohäsionspolitik gut bewährt hat, sollte fortgeführt werden. Dazu beitragen wird die dem AdR von der Kommission zugedachte Rolle als Ansprechpartner im Rahmen des geplanten Dialogs mit den Verbänden der Gebietskörperschaften.

Informations- und Kommunikationspolitik

Der AdR ist das "Sprachrohr" der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in europäischen Fragen; er hat eine ergänzende Rolle zum Europäischen Parlament, das ebenfalls die Bürgerinnen und Bürger in Europa vertritt. Dies setzt voraus, dass die Bürgerinnen und Bürger besser über den AdR und seine Arbeiten informiert werden. Um dem AdR eine größere Resonanz zu verschaffen, müssen die Beziehungen zur Presse intensiviert werden, insbesondere zu den Themen, die den Bürgern auf den Nägeln brennen. Notwendig ist ferner, die Arbeiten des AdR durch Konferenzen, Foren, Seminare, Veranstaltungen über regionale und lokale Anliegen in Brüssel und in den Mitgliedstaaten vor Ort besser bekannt zu machen.

Das renovierte Belliard-Gebäude, neuer Sitz des AdR ab Juni 2004, bietet hierfür sicherlich viele neue Möglichkeiten. Es muss eine Heimstatt werden für die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und ihre Interessenvertretungen und ein Ort für Besuchergruppen.

Strukturpolitik und Kohäsionspolitik: unsere politische Priorität

Der Ausschuss der Regionen steht vor neuen politischen Aufgaben in mehreren Bereichen, in denen er den spezifischen Sachverstand seiner lokalen und regionalen Vertreter einbringen kann. Ein Schlüsselthema ist die Zukunft der Regionalpolitik ab 2006, die gerade im erweiterten Europa ein tragender Pfeiler der Integration bleiben muss.

Weitere wichtige Themen sind die Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung, der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Ein wichtiges Thema wird ferner die Neuausrichtung der Zusammenarbeit mit den Nachbarn der EU sein, nicht nur im Osten, sondern insbesondere auch im Mittelmeerraum.

Reform der Verwaltung

Der AdR kann als Organ nur dann erfolgreich sein, wenn er sich auf eine leistungsfähige Verwaltung stützen kann. Auch hier gilt es, sich den Herausforderungen zu

stellen: eine große Anzahl von neuen Mitgliedern ist zu betreuen und in die Arbeit des AdR einzuführen. Darüber hinaus hat der AdR die Schwierigkeiten in der Vergangenheit aufgegriffen und bereits erste Reformschritte eingeleitet, die zügig umgesetzt und vervollständigt werden müssen.

04.02.04
